Argentinisches Tageblatt

Sonnabend, 2. August 2003 | 114. Jahrgang Nr. 31.417

Rastloser Kirchner

Präsident hat „nichts gegen Annullierung“ der Amnestiegesetze

Buenos Aires (AT/JW) - Präsident Néstor Kirchner macht bei seinem erklärten Kampf gegen die „Kultur der Straflosigkeit“ keine Pause. Er habe „nichts gegen eine Annullierung“ der Amnestiegesetze, sagte der Staatschef am Mittwoch bei einem Besuch in der Provinzhauptstadt La Plata. Einschränkend fügte Kirchner jedoch hinzu: „Der Kongress müsste ein entsprechendes Gesetz verabschieden.“

Erst am vorvergangenen Freitag hatte Kirchner ein Präsidialdekret von 2001 aufgehoben, das bisher die Auslieferung von im Ausland angeklagten Mitgliedern der letzten Militärdiktatur verhinderte. Das Dekret war damals von Fernando de la Rúa wenige Tage vor dessen Ausscheiden aus dem Amt erlassen worden.

Im Sog der Kirchner-Entscheidung stellte der Bundesrichter Rodolfo Canicoba Corral in der Vorwoche Haftbefehle gegen 46 Mitglieder und Helfer der Militärdiktatur. Zwei Wochen zuvor waren in Argentinien Auslieferungs-Anträge des spanischen Ermittlungsrichters Baltasar Garzón eingegangen. Dieser wirft den Beschuldigten Völkermord, Terrorismus und Folter an spanischen Staatsbürgern oder deren Nachfahren vor.

Kirchner erklärte jedoch, Ziel müsse es sein, die Beschuldigten in Argentinien vor Gericht zu stellen. Beobachter interpretierten die Worte des Präsidenten als Aufforderung an das Oberste Gericht, die Überprüfung der Verfassungsmässigkeit der beiden Amnestiegesetze von 1986/87 zu „beschleunigen“.

Diese seien damals „unter dem Druck eines Militärputsches“ verabschiedet worden, erinnerte Kirchner. Bei einer Annullierung hätte zugleich auch die „scheinheilige Diskussion um Souveränität“ ein Ende, da die Beschuldigten dann vor argentinischen Gerichten angeklagt werden könnten.

„Sehr froh“ sei er über die Kirchner-Entscheidung, erklärte derweil der Jurist Alberto Zuppi auf Anfrage. „Das ist endlich der richtige Schritt“, ist der Vertrauensanwalt der deutschen Botschaft in Buenos Aires überzeugt. „Absolut positiv“ sei die Entwicklung auch für die Fälle deutscher Diktaturopfer. Dass es aber tatsächlich zu Auslieferungen kommt, bezweifelt Zuppi, der derzeit in den USA an der Louisiana State University Völkerrecht lehrt. „Argentinische Bürger haben das Recht, vor argentinische Gerichte gestellt zu werden.“

„Neue Schwerpunkte“

Deutscher Botschafter Dr. Rolf Schumacher zu Gast im AT

Buenos Aires (AT/SD) - Unternehmungslustig, aufgeschlossen und neugierig hat sich der neue deutsche Botschafter Dr. Rolf Schumacher unter der Woche bei einem Rundtischgespräch im Argentinischen Tageblatt präsentiert. „Neue Schwerpunkte“ wolle er setzen, sagte der Diplomat bei seinem fast 90-minütigen Besuch am Dienstag im AT - und schickte ein überzeugendes „selbstverständlich“ hinterher.

Schumacher kündigte zugleich eine „enge Zusammenarbeit“ mit Institutionen wie der Argentinisch-Deutschen Handelskammer (CADICAA), dem Goethe-Institut und „generell deutschen Firmen und Vereinen“ an. Aber auch rein argentinische Institutionen, „die hierbei mitwirken möchten“, seien herzlich eingeladen.

Lobende Worte fand Schumacher für die „traditionell sehr guten und freundschaftlichen Beziehungen“ zwischen Deutschland und Argentinien. „In den verschiedensten Bereichen“, wie der neue Botschafter unterstrich, „und dank der vielen Menschen in beiden Ländern“, denen diese Kontakte ein wichtiges Anliegen seien.

Überrascht zeigte sich der neue deutsche Chefdiplomat in Argentinien nach einer ersten Begegnung von Staatspräsident Néstor Kirchner. „Ich hatte einen sehr steifen und reservierten Mann erwartet“, gab Schumacher zu. Stattdessen sei er aber „sehr liebenswürdig begrüsst“ worden. Man habe sich dann „angenehm unterhalten“. Beim dem Treffen am 10. Juli in der Casa Rosada hatte Schumacher Kirchner nach diplomatischer Tradition sein Beglaubigungsschreiben überreicht.

Pressereferent Pit Köhler, Botschafter Rolf Schumacher, die AT-Herausgeber Roberto T., Eduardo und Juan Alemann sowie Redaktionsleiter Stefan Kuhn (v.l.).

(Foto: SD)

Auch sonst war das bisherige Programm des neuen Botschafters dicht gedrängt: Treffen mit Vertretern der deutschen Gemeinschaft wechselten sich mit solchen der CADICAA und mit Repräsentanten deutscher Firmen ab. Hinzu kamen Unterredungen mit argentinischen Spitzenpolitikern und dem Präsidenten der Zentralbank, Alfonso Prat Gay.

Er sei nach Buenos Aires gekommen, weil ihn „das Neue und die Abwechslung gereizt“ hätten, erklärte Schumacher am Dienstag. Nach seiner sechsjährigen Tätigkeit im Bereich internationaler Sicherheitspolitik mit dem Schwerpunkt Nordamerika habe er „etwas völlig Neues kennenlernen“ wollen. Südamerika sei da ein „langgehegter Traum“ ge-wesen.

An Argentinien fasziniert den gebürtigen Duisburger die „Mischung aus europäischer und lateinamerikanischer Kultur“. Eines seiner „Hauptanliegen“ sei daher, die beiden Kulturkreise „einander anzunähern“ - „so weit das in meinem Aufgabengebiet liegt“, schränkte Schumacher jedoch ein.

Ein weiteres Ziel sei es, „jüngere Argentinier und Deutsche mehr für das andere Land zu interessieren“. Dies könne geschehen über Schüleraustausch, universitäre Zusammenarbeit oder Praktika in „unterschiedlichsten Institutionen“ der Bereiche Kultur, Wissenschaft, Wirtschaft oder Politik.

Ausdrücklich lobte Schumacher die bisherige Tätigkeit der diplomatischen Vertreter Argentiniens und Deutschlands. „Besonders hervorzuheben“ sei hier die Arbeit seines Vorgängers in Buenos Aires, Hans Ulrich Spohn, und des argentinischen Botschafters in Deutschland, Enrique Candiotti. Beide hätten in „sehr schwierigen Zeiten viel geleistet“.

Dennoch seien die Beziehungen zwischen beiden Länder „durchaus noch ausbaufähig“. Erst recht „unter nunmehr verbesserten Rahmenbedingungen“, wie Schumacher mit Blick auf die anziehende Wirtschaft in Argentinien sagte.

Rückläufiger Autoklau

Kfz-Diebstahl um 55 Prozent gesunken / Krisenkomitee „zufrieden“

Buenos Aires (AT/JW) - Die Regierung kann im Kampf gegen den Autoklau auf erste Erfolge verweisen. Das so genannte Krisenkomitee veröffentlichte am Dienstag erste Zahlen, die einen drastischen Rückgang der Kfz-Diebstähle im Grossraum Buenos Aires belegen. Demnach wurden in den ersten drei Juli-Wochen 611 Autodiebstähle gemeldet. Im Juni waren es noch 1212. Das entspricht einem Rückgang um 55 Prozent. Wie der bonaerenser Sicherheitsminister Juan Pablo Cafiero auf einer eigens anberaumten Pressekonferenz erklärte, hätten sich durch die neue Sicherheitspolitik auch die bewaffneten Überfälle auf Fahrer um rund ein Drittel verringert. Die ersten Zahlen seien „höchst erfreulich“, sagte der Staatssekretär für Innere Sicherheit, Norberto Quantín.

Mitte Juli hatte der Kongress ein Gesetzespaket verabschiedet, das ein verschärftes Vorgehen gegen Betreiber der unzähligen Kfz-Werkstätten, in denen schrottreife Autos ausgeschlachtet werden, erlaubt. In diesen legalen „Desarmaderos“ werden jährlich jedoch illegal auch tausende gestohlene Wagen im Wert von mehreren Millionen Pesos zerlegt.

Das Maßnahmenbündel sieht ein zentrales Zerlege-Werkstatt-Register vor, in dem alle eingehenden Wagen vor ihrer Zerlegung eingetragen werden müssen. Bei Zuwiderhandlung drohen den Werkstatt-Eignern der Entzug der Betreibererlaubnis bis zu fünf Jahren sowie Haftstrafen.

Bereits Anfang Juli war in einem Schulterschluss zwischen National- und Provinzregierung das so genannte Krisenkomitee aus der Taufe gehoben worden - mit dem Ziel der Verbesserung der allgemeinen Sicherheitslage im Grossraum Buenos Aires. Unter anderem bekämpft das Komitee auch den in den letzten Jahren stark angestiegenen Handel mit gestohlenen Kfz.

Unterdessen gingen in den letzten Tagen die Überprüfungen der Zerlege-Werkstätten entlang der Avenida Warnes weiter. Allein am Dienstag wurden 103 Werkstätten von Inspektoren besucht. Nach Angaben der Zeitung „Clarín“ führten die Überprüfungen zu einem drastischen Rückgang des illegalen Handels mit geraubten Autoteilen. Innerhalb weniger Wochen seien 200.000 nicht registrierte Ersatzteile und 6000 geraubte Autos konfisziert worden. 24 Banden mit rund 600 Mitgliedern seien aufgeflogen.

Die Aufarbeitung der Vergangenheit

Seit zwanzig Jahren bemüht sich die argentinische Nation, ihre gewaltsame Vergangenheit während des über zehnjährigen Terror-krieges von 1968 bis 1979 aufzuarbeiten. Die Terroristen extremmarxistischer Prägung hatten den Krieg mit Attentaten, Morden, Entführungen und Erpressungen, allesamt in städtischen Bezirken, sowie in Tucumán mit Kämpfen im Urwald und den Bergen eingeleitet. Sie wurden durch die Streitkräfte besiegt, die ihrerseits illegal mit Verhaftungen, Folterungen, Erschiessungen und Verschwundenen handelten, was seither als Repression und Staatsterror gegeisselt wird. Insgesamt ermittelte der Ausschuss unter dem Schriftsteller Ernesto Sábato, genannt CONADEP mit seinem Abschlussbericht „Nunca más“, nahezu 9.000 Fälle verschwundener Personen. Trotzdem wird stets von angeblichen 30.000 geredet.

Zu Beginn des Terrorkrieges hatte die Militärregierung ein landesweites nationales Strafgericht zur Aburteilung der Terroristen eingerichtet, das über tausend Fälle behandelte und in mehr als sechshundert Gefängnisstrafen aussprach. Die Verurteilten wurden von der Cámpora-Regierung im Mai 1973 durch eine Amnestie auf freien Fuss gesetzt, so dass sie ihre terroristischen Tätigkeiten fortsetzen konnten. Die Militärjunta von 1976 verzichtete auf ein Strafgericht, das überführte Terroristen aburteilen könnte, und beantwortete den Terror mit Staatsterror.

Die Regierung Präsident Alfonsíns strengte Prozesse gegen die führenden Militärs der vorherigen Juntas an, die wunschgemäss verurteilt wurden. Präsident Menem begnadete sie ebenso wie den Terroristenchef Mario Firmenich. Die Prozesse gegen alle anderen Offiziere wurden mit der unterschwelligen Amnestie der Gesetze, genannt Befehlsnotstand und Schlussstrich, eingestellt. Viel später wurden neue Prozesse wegen Kindesentzug angezettelt, die immer noch unterwegs sind.

Inzwischen hat der spanische Strafrichter Baltasar Garzón den argentinischen Marineoffizier Ricardo Cavallo, der in Mexiko lebte, ausliefern lassen und betreibt einen Strafprozess gegen ihn in Madrid. Die Delikte, die Cavallo vorgeworfen werden, wurden in Argentinien verübt, dessen Gebietshoheit verletzt worden ist.

Des weiteren bemühte sich Garzón um die Auslieferung von 45 Offizieren und einen Rechtsanwalt, die vor wenigen Jahren von einem Bundesrichter abgelehnt worden war. Bundesrichter Rodolfo Canicoba Corral entsprach dem neuen Gesuch des gleichen spanischen Strafrichters und verfügte die gewünschte Präventivhaft. Richter Garzón muss innerhalb von 40 Tagen die Begründungen für die Auslieferung der Offiziere und des Rechtsanwalts vorlegen, nachdem das argentinische Außenamt ihn über die Präventivhaft unterrichtet hat.

Das Dekret 1581 vom 5. Dezember 2001, das der damalige Präsident de la Rúa zur Wahrung der Gebietshoheit erlassen hatte, lehnte solche Auslieferungen ab, so dass die Gesuche vom Außenamt zurückgesandt und nicht an die argentinischen Richter weitergeleitet wurden.

Unmittelbar nach seiner Rückkehr aus den Vereinigten Staaten hob Präsident Kirchner Ende der Vorwoche dieses Dekret auf, weil sich damit die Exekutive richterliche Funktionen anmaße, was die Verfassung verbiete. Mit diesem Schritt wurde der Rechtsweg geebnet, damit die zuständigen argentinischen Bundesrichter je nach dem Domizil der verhafteten Offiziere und des Rechtsanwalts, denen Staatsterror und andere Verbrechen angelastet werden, entscheiden, ob sie an Spanien auszuliefern sind. Hierüber muss in letzter Instanz freilich das Außenamt, lies der Präsident, in jedem einzelnen Fall entscheiden.

Es geht in der Rechtssubstanz um die Gültigkeit der Amnestiegesetze des Befehlsnotstandes und des Schlussstrichs. Der Oberste Gerichtshof hatte diese Gesetze als verfassungskonform erklärt, welches Urteil inzwischen zur Revision abermals dem Obersten Gerichtshof vorliegt. Der Kongress hat beide Gesetze widerrufen. Ihre Rechtswirksamkeit blieb indessen bestehen, weil im Strafrecht keine rückwirkende Kraft und stets das mildeste Gesetz gilt. Das soll durch eine ausdrückliche Erklärung ihrer Verfassungswidrigkeit durch den Obersten Gerichtshof widerrufen werden, damit über tausend Gerichtsverfahren neu aufgenommen werden können.

Von militärischer Seite wurde die Forderung aufgestellt, dass auch die überlebenden Terroristenchefs und ihre Handlanger vor Gericht gebracht werden müssten. Immerhin haben sie seinerzeit etwa zweitausend Polizisten, Offiziere, Unternehmer und andere unschuldige Menschen ermordet, um die Macht im Staat ohne Wahlen zu gewinnen. Einige erfreuen sich inzwischen einer erfolgreichen politischen Laufbahn bei der jetzigen Regierung.

Wie die Dinge liegen, beginnen ebensoviele neue Prozesse wie Offiziere und der Rechtsanwalt von Garzón belangt werden. Strafprozesse laufen in Argentinien meistens mehrere Jahre. In diesen hochpolitischen Fällen dürften sie gegebenfalls in Berufung gehen und beim Obersten Gerichtshof landen, es sei denn letzterer bestätigt die Verfassungskonformität der umstrittenen Gesetze, in welchem Fall die Prozesse einzustellen sind und die Auslieferungen entfallen.

Wie lange die Offiziere und der Rechtsanwalt ihre Präventivhaft absitzen werden, nachdem sich nahezu alle freiwillig gemeldet haben und die meisten in Garnisonen Edelhaft geniessen, bleibt abzuwarten. In nahezu allen politisch gefärbten Prozessen, wie es diese entschieden sind, pflegt die Präventivhaft die eigentliche Strafe zu sein, weil die Prozesse im Sande verlaufen. Die zuständigen Bundesrichter bzw. die Berufungskammern werden hierüber das letzte Wort haben.

Unterdessen wütet in den Medien die Aufarbeitung der tragischen Vergangenheit eines zehnjährigen Terrorkrieges, dessen Ende Argentinien bisher ein Vierteljahrhundert inneren Friede beschert hat, damit die Konflikte in der Gesellschaft durch Wahlen und nicht mit Waffengewalt geregelt werden können.

WOCHENÜBERSICHT

Botschafter Balza

Der ehemalige Heereschef Martín Balza wird Botschafter in Kolumbien. Das gab am Dienstag Aussenminister Rafael Bielsa bekannt. Man habe sich für Balza entschieden, weil sich die Regierung von ihm „professionelle Informationen“ darüber verspreche, was in diesem „geliebten Land“ vorgehe. In Kolumbien tobt seit Jahrzehnten ein Bürgerkrieg zwischen Militär, linken Rebellengruppen und rechten Paramilitärs.

Moliné vor Abschuss

Die Parlaments-Kommission für den politischen Prozess hat am Donnerstag die Absetzung des umstrittenen Oberrichters Eduardo Moliné O’Connor eingeleitet. Dem Menem-Vertrauten wird Amtsmissbrauch in mehreren Fällen vorgeworfen. Für die Absetzung ist eine Zweidrittel-Mehrheit im Kongress notwendig. Die entscheidende Abstimmung soll noch im August erfolgen.

35.000 Arbeitsplätze

Der Oberbürgermeisterkandidat von Buenos Aires, Mauricio Macri, will im Falle eines Wahlerfolges 35.000 Arbeitsplätze schaffen - monatlich. Dies sagte der Präsident des Fussballclubs Boca Juniors am Dienstag bei einem Abendessen mit Unternehmern im Consejo Argentino de Estudios Económicos, Jurídicos y Sociales. Macri, der bei den Wahlen am 24. August für die Plattform Compromiso para el Cambio antritt, wurde von dem ehemaligen Justizminister Jorge Vanossi begleitet. Der einstige UCR-Politiker kandidiert für den Compromiso für das Stadt-parlament.

Catamarca-Wahlen

Die im März nach Krawallen ausgesetzten Gouverneurswahlen in Catamarca werden am 24. August wiederholt. Das entschied die Provinzexekutive am Mittwoch. Die Wahl der Senatoren (3) und Nationalabgeordneten (2) finde am 26. Oktober statt, erklärte der scheidende Gouverneur Oscar Castillo. Bei den Wahlen am 2. März hatten wütende Anhänger des Senators Luis Barrionuevo Wahllokale gestürmt und Urnen verbrannt. Ba-rrionuevo war von der Provinzlegislative nicht als Gouverneurskandidat zugelassen worden. Am 24. August geht nun seine Schwester Liliana als Statthalterin ins Rennen.

Kirchner gibt Kühen Korb

Präsident Néstor Kirchner wird an diesem Samstag nicht die grosse Landwirtschaftsmesse „Rural“ in Buenos Aires eröffnen. „Er hat anderweitige Verpflichtungen“, sagte Präsidentensprecher Miguel Núñez am Dienstag. Die Veranstalter reagierten mit Unverständnis auf die Absage. „Da macht er einen Fehler“, sagte der Chef der Sociedad Rural Argentina, Luciano Miguens.

Alsogaray-Vertrauter verhaftet

Ein enger Mitarbeiter der ehemaligen Staatssekretärin für Umwelt, María Julia Alsogaray, ist am Dienstag verhaftet worden. Mario De Marco Naón wird vorgeworfen, als Präsident des Nationalen Wasserwerks INA in den 90er Jahren öffentliche Gelder veruntreut zu haben. De Marco Naón wurde mit einem Vermögensembargo von fünf Millionen Pesos belegt.

Schwerer Unfall

Bei einem schweren Verkehrsunfall sind am Mittwoch in der Nähe der Stadt Lobos (Provinz Buenos Aires) 14 Menschen ums Leben gekommen. Nach Medienberichten hatte ein Lastwagenfahrer an unübersichtlicher Stelle zum Überholen angesetzt. Der Fahrer eines entgegenkommenden Kleinbusses verlor beim Ausweichmanöver die Kontrolle über das Fahrzeug, das frontal gegen einen weiteren LKW stieß. Für die 14 Insassen des Kleinbusses kam jede Hilfe zu spät. Der Unfallverursacher, der zunächst Fahrerflucht begangen hatte, wurde festgenommen.

Taxi-Demo

Eine Demonstration von mehr als 1000 Taxifahrern hat am Donnerstagvormittag im Stadtzentrum von Buenos Aires zeitweise für ein Verkehrschaos gesorgt. Die Teilnehmer forderten von der Stadtregierung „geeignete Maßnahmen“, um die sich in der jüngsten Vergangenheit häufenden Überfälle auf Taxifahrer einzudämmen. Zur Unterstreichung ihrer Forderung sperrten die Demonstranten die Avenida 9 de Julio zwischen den Avenidas Co-rrientes und Independencia. Erst in der Vorwoche war ein Taxifahrer von Kriminellen erschossen worden.

Fall Meller

Per Dekret hat Präsident Néstor Kirchner am Mittwoch eine Zahlung von 400 Millionen Pesos an den Konzern Meller abgelehnt. Die Regierung kassierte damit zugleich eine Resolution der Menem-Regierung aus dem Jahr 1996. Diese war von der damaligen ENTel-Interventorin María Julia Alsogaray unterzeichnet worden. Demnach hätte Meller aus dem Privatisierungserlös von ENTel 28 Mio. Dollar erhalten sollen. Durch Abwertung und Zinseszinsen sei der Bertrag auf 400 Mio. Pesos angestiegen, hieß es in Medienberichten.

Randglossen

Weil er nach Jujuy reisen woll-te, verzichtete Präsident Kirchner auf die Einladung zur Einweihung der traditionellen Ausstellung in Palermo, wo sich die Landwirtschaft und die Industrie die Hände reichen. Der Präsident verniedlichte seine Ablehnung auf die Einladung, indem er seine Neigung für die Landwirtschaft bestätigte. Gleichzeitig bedachte er die Agrarführer mit seiner Kritik, dass sie in den neunziger Jahren die Konvertibilität unterstützt hätten. Dass die Landwirtschaft die Ernten in nur zehn Jahren verdoppelt hat und gegenwärtig mit kräftigen Exporten die argentinische Wirtschaft beflügelt, kümmerte den Staatschef nicht, der offenbar von gesellschaftlichen Vorurteilen geplagt ist und die Gelegenheit verpasst, sich als Staatschef aller Argentinier vorzustellen.

Die Europäische Union beharrt auf strengen sanitären Auflagen für die Einfuhr von Fleisch und anderen Agrarprodukten. Die argentinische Sanitätsbehörde Senasa fordert von den Kühlhäusern die Einhaltung dieser Auflagen, damit die Exporte nach Europa zugelassen werden. In der Folge verbannte Senasa 17 Kühlhäuser aus der sogenannten Hilton-Quote, dank der 28.000 Tonnen im Jahr hochwertiges Rindfleisch in die Europäische Union exportiert werden dürfen. Ein Kühlhaus überzeugte einen Richter, der den Senasa-Vorsitzenden mit der Drohung einer persönlichen Geldstrafe von zweitausend Pesos am Tag zwang, die Masßnahme zu widerrufen. Trotzdem weigerte sich die europäische Sanitätsbehörde, den Import von Fleisch besagten Kühlhauses zuzulassen, so dass sich die Bemühungen vor Gericht als gegenstandslos herausstellten. Viel wirksamer wäre es freilich gewesen, die von Senasa ermittelten Unregelmäßigkeiten auszubügeln und vorschriftskonform zu produzieren wie andere Kühlhäuser. Der Umweg über einen geneigten Richter fruchtete nichts.

10 Punkte auf Duhalde-Skala

Buenos Aires (AT/JW) - Staatschef Néstor Kirchner ist von seinem Vorgänger Eduardo Duhalde über den grünen Klee gelobt worden. „Auf einer Skala von 1 bis 10 gebe ich der Kirchner-Regierung zehn Punkte“, sagte der ehemalige Interimspräsident Duhalde am Mittwoch nach einem Besuch im Senat. Dort hatte sich Duhalde rund eine Stunde lang mit Vizepräsident Daniel Scioli unterhalten.

Das Auftreten der Kirchner-Regierung mache ihn „stolz, Argentinier zu sein“, sagte Duhalde. Kirchner habe mit seinen Entscheidungen bislang „grossen Mut“ bewiesen, sagte Duhalde. Das Land sehe nun, was er, Duhalde, schon immer gewusst habe: „Kirchner hat mehr Kraft, als ihm viele zugetraut haben.“ Als Duhalde, der erst vor kurzem von einem achtwöchigen Auslandsaufenthalt nach Buenos Aires zurückkehrte, Kirchner vor einem Jahr als Präsidentschaftskandidat präsentierte, war der damalige Gouverneur von Santa Cruz einem Grossteil der Argentinier völlig unbekannt.

Thema der „freundschaftlichen Unterhaltung“ sei auch Kirchners umstrittene Unterstützung einzelner „PJ-Dissidenten“ gewesen, erklärte Duhalde. Dabei handelt es sich ausgerechnet um lokale Gegenspieler einzelner zuvor von Duhalde gestützter Provinz-Grössen. So stiess etwa der offene Schulterschluss, den Kirchner mit dem Gouverneur von Misiones, Carlos Rovira, übte, in Teilen des PJ zuletzt auf harsche Kritik. Wortführer war dabei vor allem der Senator Ramón Puerta (Misiones), zugleich offizieller PJ-Kandidat für die Gouverneurswahlen am 28. September in Misiones.

Tennis

Coria-Siegesserie

Guillermo Coria hat seinen Siegeszug auf der ATP-Tour fortgesetzt. Am Sonntag gewann der Weltranglisten-Siebte das Finale des 800.000 Euro-Turniers von Kitzbühel mit 6:1, 6:4, 6:2 gegen den Nicolás Massú. Für Coria war es nach Hamburg und Stuttgart eine Woche zuvor bereits der dritte Turniersieg des Jahres und der vierte seiner Karriere. Damit liegt er auf Rang 5 der ewigen argentinischen Bestenliste.

Basketball

„Albiceleste"-Niederlage

Argentinien hat seinen Titel als Südamerikameister aus dem Jahr 2001 nicht verteidigen können. Im Finale des Kontinentalturniers in Montevideo unterlag die „Albiceleste" am Sonntag Brasilien mit 80:83.

(dpa/AT)

AUSFLÜGE UND REISEN

Alle Wochen wieder: Simoca

Hochbetrieb auf der Feria von Simoca.

Jeden Sonnabend, praktisch ohne Unterbrechung seit dem 19. Jahrhundert, findet in einem kleinen Städtchen am Rand des Zuckerrohrgürtels im Süden der Provinz Tucumán ein überaus bunter Wochenmarkt statt, der in letzter Zeit ein beliebtes Besuchsziel für Touristen geworden ist: die Feria de Simoca.

Auf einem weiten Gelände, das an den Bahnhof angrenzt, etablieren sich Samstagmorgen die Bauern, um ihre frisch vom Land kommenden Waren feilzubieten: Gemüse und Eier, Fleisch, Milch, Käse und Butter, auch Obst, Honig und Eingemachtes.

Simoca liegt 46 Kilometer südlich von San Miguel de Tucumán und ist auf Asphalt leicht zu erreichen. Man braucht sich aber eigentlich gar nicht gut auszukennen, denn die Reiseagenturen in der nahen Provinzhauptstadt bieten Exkursionen nach Simoca an.

Schon bei der Anfahrt merkt man, dass man sich Simoca nähert, denn auf der Landstrasse begegnet man einer zunehmenden Anzahl von zweirädrigen Einspännern, hier zu Lande Sulky genannt. Denn das Besondere am Wochenmarkt in Simoca ist, dass die Marktleute und Nachbarn allesamt mit Sulkys anreisen. Dieser Anblick ist so typisch, dass man an der Einfahrt von Simoca dem Sulky ein Denkmal gesetzt hat.

Neben den Produkten, die ausliegen, gibt es noch zahlreiche Stände, wo man an brutzelnden Garküchen schmackhafte Speisen wie Locro und Tamales, Empanadas und Humitas, daneben Asado und Guiso frisch von den Holzkohlefeuern weg bekommt.

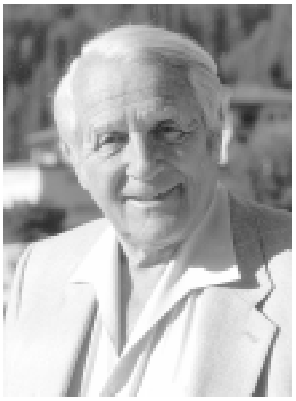
Während der Winterferien herrscht in Simoca Hochbetrieb mit bis zu 500 Ständen, zwischen denen man sich im Gedränge oft kaum noch zurecht findet.

Auskunft über den bunten Wochenmarkt erhält man in der Casa de la Provincia de Tucumán, Suipacha 140, Tel. 4322-0564.

Marlú

Tiefe Verbundenheit mit Argentinien

Komponist, Dirigent und Musikwissenschaftler Kurt Pahlen gestorben



Wien/Buenos Aires (dpa/JB) - Der aus Österreich stammende Komponist, Dirigent und Musikwissenschaftler Kurt Pahlen ist im Alter von 96 Jahren gestorben. Nach Berichten seines Verlags, der Autoren- und Verlags-Agentur im bayerischen Herrsching, war er in seinem Schweizer Wohnort Lenk im Berner Oberland gestürzt und hatte sich den Oberschenkelhals gebrochen, wovon er sich nicht wieder erholte. Am Donnerstag vergangener Woche erlag er den Folgen des Unfalls.

Der am 26. Mai 1907 in Wien geborene Pahlen hatte an der Musikakademie seiner Heimatstadt studiert und 1929 promoviert. Seine ersten Erfolge feierte er in den 30er Jahren als Kapellmeister an der Wiener Volksoper. Auf der Flucht vor den Nazis ging der weltweit angesehene Musikpraktiker und -thoretiker nach Argentinien ins Exil. Er war gerade auf einer Reise in Richtung Schweiz, als ihn die Einladung nach Buenos Aires zum Dirigieren einer Reihe von Konzerten erreichte. Im Vorwort seines Opern Lexikons erinnert sich Pahlen: „Ich unternahm die Reise, ohne zu vermuten, dass sich die vier Monate so verlängern würden... Insgesamt verbrachte ich 35 Jahre in Lateinamerika, und hier erreichte meine künstlerische Karriere ihren Höhepunkt."

Im Jahr 1975 übernahm Pahlen die Leitung des Colón-Theaters in Buenos Aires. Im selben Jahr wurde auch sein Kindermusical „Pinocho" erstaufgeführt, das vom jungen Publikum mit rauschendem Beifall aufgenommen wurde. Während seiner Zeit am Rio de la Plata leitete Pahlen außerdem die Philharmoniker von Buenos Aires und dirigierte unter anderem auch in Rosario und Montevideo. Als Anerkennung seiner vielfältigen Leistungen erhielt er 1994 die Ehrendoktorwürde der Universität von Buenos Aires.

Obwohl Pahlen in die Schweiz zurückkehrte und 1982 die Schweizer Staatsbürgerschaft annahm, konnte er sich nie völlig von Argentinien lösen. In regelmäßigen Abständen besuchte er Buenos Aires, um Konzerte und Unterricht zu geben, und betonte so seine tiefe Verbundenheit mit der spanischsprachigen Welt.

Mit Stolz erfüllte ihn die Tatsache, dass viele seiner Bücher über Musik in Spanisch verfasst und veröffentlicht wurden - und das, noch bevor man sie in seine Muttersprache Deutsch übersetzte.

Kurt Pahlens Arbeit in der Schweiz konzentrierte sich vor allem auf Einführungen zu wichtigen Opernpremieren wie beispielsweise den Salzburger Festspielen, der Arena von Verona oder dem Opernfest in Savonlinna in Finnland. Seit 1944 veröffentlichte er über 100 Musikbücher, die in 16 Sprachen übersetzt und vielfach zu Standardwerken wurden. 1961 erschien das „Musiklexikon der Welt", 1991 „Die großen Epochen der abendländischen Musik", und 2001 seine Autobiografie „Mein Jahrhundert mit Musik".

Pahlens besonderes Anliegen galt jedoch der Musikvermittlung für Kinder. Er komponierte Kinderopern, moderierte Musikprogramme im Fernsehen für die Jüngsten und rief spezielle „Musiktage für Kinder" ins Leben, frei nach seinem Motto „Es gibt keine unmusikalischen Kinder". Pahlen erhielt die höchsten staatlichen Auszeichnungen in Deutschland und Österreich.

SERVICIOS DIGITALES
WWW.MULTIMEDIA.COM.AR
CD Rom / Touch-Screen
Web / Video Digital
3D / Animaciones
(5411)4703-5509
www.multimedia.com.ar

ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Der frei benannte Dollarkurs betrug Freitag nachmittags $ 2,95. Die Terminkurse betrugen zum 29.8. $ 2,93, 30.9. $ 2,95, 31.10 $ 2,97, 28.11. $ 2,99, 31.12. $ 3,01 und 30.1.04 $ 3,04.

***

Der Mervalindex stieg in der Berichtswoche zum Donnerstag um 2,6% auf 755,34, der Burcapindex um 2,3% auf 1.767,54 und **der Börsenindex um 3,0% auf 32.524,34.**

***

Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in Liniers) stieg in der Berichtswoche um 2,5% auf $ 1,7327.

***

Die Gold-, Devisen- und Anlagenreserven der ZB betrugen am 28.7. U$S 12,49 Mrd., der Banknotenumlauf $ 23,72 Mrd. Eine Woche zuvor waren es U$S 12,32 Mrd. bzw. $ 23,90 Mrd., einen Monat zuvor U$S 12,18 Mrd. bzw.$ 22,25 Mrd. und ein Jahr zuvor U$S 8,97 Mrd. bzw. $ 15,04 Mrd.

***

Dem Statistikamt Indec zufolge haben die Supermärkte im Juni um 5% weniger als im gleichen Vorjahresmonat verkauft. Die Shoppings verkauften im selben Vergleich um 10% mehr. Der Junirückgang sei jedoch der kleinste dieses Jahres gewesen und die Umsätze waren saisonbereinigt um 1,1% grösser als im Mai. Auch der Halbjahresvergleich 02/03 ergebe für 03 ein Umsatzplus von 14%. Am meisten nahmen dabei Nahrungsmittel und Getränke mit 16,3% und Reinigungsmittel und Parfümerie mit 7,8% zu.

***

Das Baugewerbe legte nach Indec-Ermittlungen in Juni im Vorjahresvergleich um 33,3%, im Halbjahresvergleich um 35,6% zu. Hauptumsatzträger seien kleine Bauarbeiten. 61,4% der befragten Bauunternehmer rechnen 03 mit einer weiteren Zunahme der Tätigkeit.

***

Die Banco de la Nación hat ihre Zinssätze in diesem Jahr rd. halbiert. Hypothekenkredite wurden von 27,75% auf 15,75% verringert, allgemeine Kredite, Vorschüsse und Kontenüberziehungen um 3 Prozentpunkte. Die allgemeinen Sätze gingen von 48,66% Jahreszins im Januar auf jetzt 20,75% zurück, Girokontenüberziehungen mit Hypothekengarantie von 52,31% auf 24,33%, im voraus bewilligte Übeziehungen von 60,83% auf 33,45% und nicht vorher bewilligte Überziehungen von 73% auf 39,45%.

***

Für Erschliessungsarbeiten für die Gold- und Silbergewinnung im San José-Bergwerk im Huevos Verdes Vorkommen, im Westen der Provinz Santa Cruz, sind U$S 12,2 Mio. vorgesehen. Das Bergwerk wird zu 51% von MHC, Mauricio Hochschild, Perú, kontrolliert. Mit 49% ist die kanadische Minera Andes beteiligt. Im Mai hatte MHC von einer 2001 erworbenen Kaufoption Gebrauch gemacht.

***

UABL Limited, der grösste Frachtfährenbetreiber auf der Parana-Paraguay Wasserstrasse, hat von der Internationalen Finanzkörperschaft (IFC), der Weltbanktochter für die Privatwirtschaft, einen Kredit von U$S 45 Mio. erhalten. Er wird Teil der Gesamtinvestition von U$S 85 Mio. in neue Fähren und Schlepper. Die Parana-Paraguay Wasserstrasse verbindet durch die über 3.000 km lang schiffbaren Flüsse Bolivien, Paraguay, das Landsinnere Brasiliens, Argentinien und Uruguay mit dem Atlantischen Ozean. Die IFC stellt aus eigenem U$S 20 Mio. bereit, die Niederländische Entwicklungsbank weitere U$S 10 Mio. und die Deutsche Kreditanstalt für Wiederaufbau ebenfalls U$S 10 Mio. Weitere U$S 5 Mio. sind eine Direktbeteiligung der IFC. UABL gehört zu gleichen Teilen der Ultrapetrol Reederei, die sich auf Tankerschiffe und offene Frachten in ganz Lateinamerika spezialisiert, und der American Commercial Lines, dem grössten Fährenbetreiber der Welt.

***

Im 7. Monat in Folge sind die Zinssätze für Kreditkarten gefallen. Die Sätze in Pesos sind von durchschnittlich 65,38% im April auf 62,21% im Juni zurückgegangen. Dem Staatssekretariat für Verbraucherschutz zufolge haben im Mai 11 Kartenunternehmen ihre Sätze gesenkt und im Juni 15. In den beiden Monaten haben nur 3 ihre Zinssätze erhöht. Der niedrigste vom Staatssekretariat verzeichnete Jahreszinssatz betrug 37,95%, der höchste 86,9%. Bei Banken wurden von April bis Juni die grössten Zinssenkungen, 5,5%, verzeichnet. Die 3 Banken der Öffentlichen Hand befinden sich nun unter den 6 mit den niedrigsten Zinssätzen. Die Banco de la Nación hat ihre Zinsen für Kreditkarten von Februar bis einschliesslich Juni um 23,1 Punkte verringert, die Biselbank um 20,1, vor Suquía 18,7, Credicoop 17,7, und Bapro 12,5.

***

In den ersten 5 Monaten 03 wurden im Inland 884.000 t Rindfleisch mit Knochen verbraucht. Das entspricht einem jährlichen Perkapitaverbrauch von 59,8 kg, knapp 5 kg im Monat, wie die Fleischindustrie- und Handelskammer bekanntgab. Von Januar bis Mai fiel der Verbrauch um 5,2%. Im gleichen Vorjahreszeitraum, am Höhepunkt der Krise, betrug der hochgerechnete Perkapitaverbrauch 63,1 kg. Gegenüber den 68 kg des gleichen Zeitraumes 2000 beträgt der Rückgang 12,3%. In den 90er Jahren wurden je Einwohner durchschnittlich 70,5 kg Rindfleisch im Jahr verbraucht und in den 80er Jahren 77,7 kg.

***

Das Statistikamt Indec hat bekannt gegeben, dass die im Ausland angelegten argentinischen Vermögen U$S 109,68 Mrd. betragen. Das seien 80% der argentinischen Aussenschuld und das rd. Achtfache der Devisenreserven des Staates. U$S 87 Mrd. davon seien flüssige Investitionen, d.h. Bankeinlagen, Bonds, Aktien und Banknoten in Safes. Immobilien für etwa U$S 6,22 Mrd. befänden sich vorwiegend in Uruguay, Südbrasilien, Miami und Spanien. Diese Zahl ergibt sich aus Differenzen der Zahlungsbilanz und nicht aus direkten Angaben, die nicht verfügbar sind. Indessen dürfte der Betrag in Wirklichkeit geringer sein, da ein Teil dieser Beträge zur Zahlung von Einfuhren verwendet wurde, die stark unterfakturiert wurden, so dass die Handelsbilanz einen geringeren Wert ausweist, als der, der effektiv gezahlt wurde.

***

Die knapp 500 Country Clubs und ähnliche Luxuswohnsiedlungen in der Provinz Buenos Aires müssen in einen eigens für sie geschaffenen Provinzkataster eingetragen werden. Die Inhaber müssen die Unterlagen innerhalb von 60 Tagen einreichen. Die Provinzregierung will die Information für die Planung und zur Beratung von Endverbrauchern und Architekten einsetzen.

***

Im ersten Halbjahr 03 wurden knapp 12% aller Autoverkäufe durch Sparpläne getätigt. Die Sparpläne nehmen jedoch so stark zu, dass für Juli erwartet wird, dass 70% alle Neuzulassungen über Sparpläne erfolgen werden.

***

Wirtschaftsminister Roberto Lavagna forderte in Montreal, Kanada, bei der Konferenz der Welthandelsorganisation, die Abschaffung der Subventionen für die Landwirtschaft, was die argentinischen Exporte um 29% erhöhen würde. Es handelt sich hier um eine Vorstufe der Konferenz in Cancún, die von 10. zum 14. September vorgesehen ist. Zwei ähnliche Teilkonferenzen wurden schon in Tokio und Sharm-el-Sheikh (Ägypten) durchgeführt. In Kanada trafen die Minister von 25 Staaten zusammen, von insgesamt 146, die der WHO angehören. Zum ersten Mal in zwei Jahren wurde Argentinien auch eingeladen. Lavagna wurde von Martín Redrado begleitet, der als Staatsekretär für internationale Wirtschaftsbe-

Starke Exportzunahme

Im Juni nahmen die Exporte gegenüber dem Vorjahr um 28% zu, wobei das erste Halbjahr um 16% über der gleichen Vorjahresperiode lag. Von diesem Prozensatz entallen 11 Punkte auf höhere Preise und 5 Punkte auf grössere Mengen. Die Preise primärer Produkte stiegen im Durchschnitt 19%, während die von verarbeiteten Nahrungsmitteln um 9% zunahmen.

Die Importe stiegen im Juni gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat um 67%, und im 1. Halbjahr um 38%, wobei sie im Vorjahr anormal niedrig waren. Dennoch konnte ein Rekordüberschuss von U$S 1,73 Mrd. bei der Handelsbilanz erzielt werden, die in sechs Monaten einen Überschuss von U$S 8,69 Mrd. aufweist, womit die Hochrechnung für ganz 2003 U$S 17 Mrd.übersteigen würde (gegen U$S 16,3 Mrd. im Vorjahr)

Von den Exporten entfielen 27% auf primäre Produkte (Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Bergbau), 31% auf Industrieprodukte landwirtschaftlichen Ursprungs, 25% auf reine Industrieprodukte und 17% auf Brennstoffe und Energie (Erdöl, Erdölderivate, Gas und elektrischer Strom). Von der Zunahme der Exporte im 1. Halbjahr entfällt 70% auf Sojabonen, Sojaöl und -mehl. Die Exporte rein industrieller Produkte nahmen um 3% ab, was auf geringere Exporte von Lastwagen und nahtlosen Stahlrohren surückzuführen ist. Zum Teil ist dies auf den Rückgang von 12% der Exporte nach Brasilien zurückzuführen. Die Erhöhung bei Brennstoffen und Enrgie ist auf höhere Erdölpreise zurückzuführen, wobei hier die exportierten Mengen um 8% abgenommen haben.

Von den Erxporten gingen jeweils 19% sowohl an die EU wie an den Mercosur, 18% nach Asien, 14% in die Nafta-Staaten, 11% nach Chile und 12% in andere Länder. China nimmt zunehmend einen bedeutenden Platz bei den Exporten ein, vornehmlich wegen hoher Sojaimporte. Im 1. Halbjahr wurde für U$S 1,34 Mrd. nach China exportiert.

Bei den Importen entfiel im 1. Halbjahr 49% auf Güter, zur Weiterverarbeitung (vornehmlich für die lokale Industrie), 16% auf Kapitalgüter, 16% auf Ersatzteile und Zubehör für Kapitalgüter, 12% auf Konsumgüter, 5% auf Brenn- und Schmierstoffe und 2% auf Kfz. Die Kapitalgüterimporte sind im Laufe dieses Jahres stark gestiegen, so dass sie im Juni um 147% über dem Vorjahr lagen. Die Importe von Rohstoffen und Halbfabrikaten, die mit der internen Produktion zusammenhängen, sind im Vorjahresvergleich im Juni um 57% und im 1. Halbjahr um 49% gestiegen. Bei den Importen ist die Zunahme zum allergrössten Teil auf höhere Mengen zurückzuführen, und wenig auf höhere Preise.

Von den Importen im 1. Halbjahr stammen 36% aus dem Mercosur, 20% aus der EU, 20% aus der Nafta, 12% aus Asien, 2% aus Chile und 1% aus den lateinamerikanischen Aladi-Staaten.

ziehungen im Aussenministerium diese Problematik ständig verfolgt. In Montreal waren auch Radaubrüder anwesend, die sich der Globalisierung widersetzen, die das Auto, in dem Lavagna fuhr, mit Steinen bewarfen.

***

Finanzsekretär Guillermo Nielsen traf in New York mit institutionellen Inhabern (Pensionsfonds, Investment-Banken) defaultierter argentinischer Staatspapiere zusammen. Er wies darauf hin, dass die wirkliche Verhandlung im Oktober beginnen werde, und dass bei der Jahreskonferenz des IWF, die am 23. September in Dubai stattfindet, kein definitiver Vorschlag vorgelegt werden wird, sondern nur allgemeine Richtlinien. Als Ausgangspunkt will die Regierung die 152 Bonds, die gegenwärtig bestehen, auf 15 bis 18 neue verringern. Den Bondsinhabern soll die Möglichkeit gegeben werden, zwischen diesen Bonds zu wählen, die sich durch Fristen, Zinsen und Abschläge unterscheiden, wobei ausserdem die verschiedenen Währungen (Dollar, Euro und Yen) beibehalten werden sollen. Im Prinzip sollen alle etwa den gleichen Gegenwartswert haben. Wie verlautet, soll davon ausgegangen werden, dass als Basis neue Bonds genommen werden, die auf 30 Jahre laufen und zu 2% jährlich verzinst werden.

***

Anlässlich des II Internationalen Kongresses für Landwirtschaftsgeschäfte, der zusammen mit der landwirtschaftlichen Ausstellung des Verbandes „Sociedad Rural Argentina“ in Palermo stattfand, erklärte der Direktor für Landwirtschaft der europäischen Kommission, der Spanier José Manuel Silva Rodríguez, die sogenannte „Friedensklausel“ der WHO, die dieses Jahr abläuft, müsse verlängert werden. Landwirtschaftssekretär Miguel Campos erklärte, der Mercosur werde die Beibehaltung dieses Privilegs ablehnen. Es wird angenommen, dass alle Cairns-Staaten dagegen sind. Die Friedensklausel besteht darin, dass die WHO keine Sanktionen gegen Staaten erhebt, die Subventionen für ihre Landwirtschaft erteilen, die über diejenigen hinausgehen, die die WHO zugelassen hat. Diese eigenartige Klausel ist reichlich absurd und hat mit Frieden nichts zu tun. Rural-Präsident Luciano Miguens wies darauf hin, dass die fortgeschrittenen Staaten täglich U$S 870 Mio. aufwenden, um Landwirte und landwirtschaftliche Produkte, die mit Argentinien auf dem Weltmarkt konkurrieren, zu subventionieren.

***

Der Umsatz verschiedener Baumaterialien ist im Juni gegenüber dem Vormonat stark gesunken, weist jedoch immer noch eine starke Zunahme gegenüber Juni 02 aus. Bei Asphalt betrug der Rückgang gegenüber dem Vormonat 8,7%, bei einer Zunahme von 21,2% gegenüber dem Vorjahr. Bei Zement lagen die entsprechenden Zahlen bei plus 2,1% und 23,2%, bei Rundstahl bei minus 13% und plus 26,3%, bei Hohlziegeln bei minus 6,9% und plus 194,6%, bei Kacheln bei plus 1,9% und plus 28,8% und bei Farben bei minus 20,1% und plus 50,9%.

***

Durch Beschluss 25/03 des Industriesekretariates (Amtsblatt vom 29.07.03) wurde die Untersuchung über Dumping bei Lieferungen von Stärke und Stärkemehl aus der EU fortgesetzt. Dennoch wird kein provisorischer Kompensationszoll festgesetzt. Hingegen wird bestimmt, dass der Ursprung der Ware geprüft werden muss.

***

Die Regierung hat mit den Flaschengas-Abfüllern und -Vertreibern eine Endpreisverringerung von 25% für die 10 l Stahlflaschen vereibart. 300 der rd. 2.000 Vertriebsunternehmen werden für diese einen Durchschnittspreis von $ 18,20 berechnen. Damit soll die Energiequelle der ärmsten Bevölkerungsschichten, rd. 4,5 Mio. Heime hängen von ihr für Küche, Heizung und gelegentlich auch Beleuchtung ab, billiger werden. Seit 01 ist der Preis für Flaschengas auf das Doppelte gestiegen.

***

Das Rentnersozialwerk Pami will eine Website mit seinen Kaufverträgen und Ausschreibungen veröffentlichen. Damit soll die Beteiligung der Anbieter und die Transparenz gesichert werden. Eventuell sollen auch die Angebote in einer elektronischen Versteigerung veröffentlicht werden.

***

Cristina Miguens, Nachkomme der Bembergfamilie und Aktionärin der Quilmesbrauerei, erweitert ihre Tätigkeiten jenseits der Familienunternehmen. Sie besitzt bereits Luz Editora, die Inhaberin des FM-Senders Milenium und die Zeitschrift Sophia, und hat nun ihre Beteiligung an der Dulce de Leche-Fabrik La Salamandra von 50% auf 90% erhöht. J. González Fraga, ehemaliger ZB-Präsident und Gründer des Unternehmens, behält die restlichen 10%. Sie will U$S 1 Mio. in eine neue Eiscremefabrik investieren, die auf dem Werksgelände von La Salamandra, auf dem sich auch die Ziegenkäsefabrik befindet, errichtet werden soll.

***

Das Stromverteilungsunternehmen Edelap, in der Provinz Buenos Aires, wird bereits zu 100% von der AES Corp., USA, kontrolliert. Sie erwarb die restlichen 30% von PSEG, USA, die auch ihre Partnerin bei den Stromverteilern Eden und Edes und den Wärmekraftwerken San Nicolás und AES Paraná war.

***

Die Fabrik für schweres Wasser PIAP in Arroyitos, Provinz Neuquén, nimmt die Produktion wieder auf. Bis Dezember 04 sollen 120 t schweres Wasser für das In- und Ausland hergestellt werden.

***

Die Banco Ciudad, Bank von Buenos Aires Stadt, die ihre ZB-Rediskonte schrittweise abgebaut hat, will am Montag mit der Barzahlung von $ 250 Mio. den Restbetrag dieser Verpflichtungen begleichen. Sie wird damit die erste Bank, die ihre gesamten, anlässlich der Krise ab Dezember 01 erhaltenen Rediskonte, insgesamt $ 650 Mio., zurückgezahlt hat. Die Rediskonte der ZB für das Finanzsystem erreichten $ 21,82 Mrd., davon rd. $ 9 Mrd. in der ersten Hälfte 02. Der Rest wurde 01 gewährt. Hauptempfänger waren die Galiciabank, die dafür $ 4,55 Mrd. schuldet, die Banco de la Nación, $ 3,75 Mrd., Banco de la Provincia de Buenos Aires, $ 3,57 Mrd. und Banco Francés $ 1,42 Mrd. Um die Rückzahlung zu erleichtern, gestattet die Wirtschaftsführung den Banken, sie mit den Zinsen und Amortisationsquoten, die sie für garantierte Darlehen berechnen, zu bezahlen. Diesem System konnten die Banken bis zum 30.6.03 beitreten und beinahe alle haben es getan. Es gestattet den Banken, ihre Rediskontschulden in bis zu 120 Raten abzuzahlen.

***

Das von der Weltbank abhängige Schiedsgericht für Streitfragen über Auslandsinvestitionen (ICSID) gab bekannt, dass die spanischen Firmen Gas Natural, Endesa, Telefónica und Aguas de Barcelona Klagen gegen Argentinien eingereicht haben. Sie fordern Ersatz für den ihnen ihres Erachtens zugefügtem Schaden durch die Abwertung und das Verbot, ihre Tarife anzupassen.

***

Das Aussenministerium hat argentinische Exporteure zur Mitarbeit aufgefordert, um Listen von zusätzlichen Ausfuhrgütern für die US-Zollpräferenz anzufertigen. Die US-Handeslvertretung hatte die Listen bis zum 2.9.03 beantragt, weshalb die Vorschläge beim Ministerium bis zum 26.8. eingehen müssen. Das Präferenzsystem der USA gestattet, durch einen einseitigen US-Beschluss auf eine vorbestimmte Zeit, Einfuhren zu Nullzoll aus Entwicklungsländern zu gestatten. 02 wurden damit 70 argentinische Exportprodukte begünstigt. In den Jahren 2000/02 ergab das durchschnittliche Mehrausfuhrten für U$S 331 Mio.

***

Die brasilianische Landwirtschafts-Maschinenfabrik Montana will in Marcos Juárez, Provinz Córdoba, U$S 8 Mio. in eine Fabrik für Zerstäubungsanlagen investieren. In der ersten Etappe, im nächsten Monat, soll in Marcos Juárez eine Vertriebszentrale geschaffen werden. Die Fertigung soll Ende 04 anlaufen. Die 1996 gegründete Montana befindet sich in Brasilien bereits unter den Brancheersten. Sie setzt jährlich 2.500 Zerstäubungsanlagen für U$S 173 Mio. ab.

***

Sämtliche Banken ausländischen Kapitals haben gemäss den Bestimmungen des Gesetzes 25.738 erklärt, dass die Mutterhäuser keine Verantwortung für die lokalen Depositen übernehmen. Bei denjenigen, die Aktiengesellschaften sind, war dies von vorne herein klar; aber diejenigen, die einfach Filialen sind, haben sich dem gleichen Kriterium angeschlossen. Die internationalen Banken können im Fall Argentiniens gar nicht anders handeln, da sie sonst indirekt die Verantwortung für die asymmetrische Pesifizierung und die Depositeneinfrierung übernehmen müssten. Anders läge der Fall, wenn sich die Regierung nicht eingemischt hätte. Dann wären wohl mehrere Auslandsbanken ihren Sparern entgegengekommen, wobei sie dann paradoxerweise mehr Depositen erhalten hätten. In Uruguay hat die Regierung die Reprogrammierung der Depositen auf die Staatsbanken beschränkt, so dass die Auslandsbanken ihr Problem selber gelöst haben, auch

Bessere Provinzfinanzen

Im ersten Halbjahr wiesen die Finanzen der Provinzen Fehlbeträge von insgesamt rd. $ 600 Mio. aus. Obwohl die Wirtschaftsführung im 2. Halbjahr eine Besserung der Lage erwartet, werden für das kommende Jahr Schwierigkeiten vorausgesehen, da die Provinzen dann beginnen müssen, dem Schatzamt die Vorschüsse für den Rückkauf ihrer monetären Bonds rückzuerstatten.

Ausserdem müssen mehrere Provinzen beginnen, für ihre Umschuldungen Zinsfälligkeiten zu bezahlen, und 2005 werden die ersten Kapitalrückzahlungen fällig.

Mit dem bisherigen Ergebnis konnten die 24 finanziellen Gebiete des Landes, die 23 Provinzen und Buenos Aires Stadt, die IWF-Auflagen mit einem Überschuss von $ 100 Mio. erfüllen, da ein Defizit von $ 700 Mio. vorgesehen war.

Für das kommende Wirtschaftsjahr ist ein Provinzdefizit von $ 500 Mio. vorgesehen. Zur Regelung der Finanzlage derselben werden $ 1,5 Mrd. bereitgestellt, denn $ 1 Mrd. sind für die Bezahlung von Schulden, vorwiegend an Banken, durch Bonds und an internationale Körperschaften, vorgesehen, die nicht umstrukturiert worden sind.

Die Rückzahlung der Mittel zur Regelung der Finanzlage der Provinzen in nur drei Jahren war eine Forderung des IWF, da befürchtet wurde, dass die Provinzen ihren Verpflichtungen nicht nachkommen würden. 2005 könnte das finanzielle Erbe explosiv werden. Zu den Rückzahlungen der $ 3,05 Mrd. vom Jahr 03, die von der Regelung der Finanzlage in den Provinzen fällig werden, kommen die Zinsen für die Umaschuldung, Kapitalfälligkeiten und möglicherweise die Notwendigkeit, den Beamten Gehaltserhöhungen zu gewähren.

Unverändert hohe Arbeitslosigkeit

Das statistische Amt (INDEC) hat das Ergebnis der Mai-Erhebung über Arbeitslosigkeit und Armut bekanntgegeben. Danach ist die Vollarbeitslosigkeit (Arbeitslose bezogen auf die Erwerbs-Bevölkerung, also diejenigen, die arbeiten oder arbeiten wollen) von 21,5% im Mai 2002 und 17,8% (bzw. 23,6% ohne Einbeziehung derjenigen, die im Plan über Familienoberhäupter eingeschlossen sind und eine Subvention beziehen) im Oktober 2002, im Mai 2003 auf 15,6% gesunken. Dabei wurden jedoch 74% der 2,1 Mio. Menschen, die die Subvention von $ 150 pro Monat beziehen als beschäftigt eingestuft, obwohl sie in Wirklichkeit gar nichts oder sehr wenig leisten, also bestenfalls als unterbeschäftigt eingestuft werden sollten. Ohne dies steigt die Vollarbeitslosigkeit auf 21,4%, also etwa gleich viel wie ein Jahr zuvor. Statt 2,2 Mio. Arbeitslosen wären es in Wirklichkeit somit 3,06 Mio.

Wirtschaftsminister Lavagna erklärte, in einem Jahr gäbe es 1,22 Mio. mehr Beschäftigte, von denen allerdings 610.000 auf den genannten Sozialplan entfallen. Dies ist auf alle Fälle eine hohe Zunahme der Beschäftigung, da normalerweise jährlich zwischen 200.000 und 300.000 Menschen zusätzlich in den Arbeitsprozess eintreten. Gegenüber Oktober gibt es 364.000 mehr Beschäftigte, von denen nur 80.000 auf zusätzliche Sozialpläne entfallen, während die verbleibenden 284.000 in der Privatwirtschaft tätig sind. Von diesen sind laut Arbeitsminister Tomada die Hälfte Schwarzarbeiter.

Aber auf der anderen Seite nahm die aktive Bevölkerung in 12 Monaten um 460.000 Personen zu, weil mehr Menschen sich um eine Stelle bemühen. Etwa die Hälfte davon entfällt auf das vegetative Bevölkerungswachstum. Die andere Hälfte steht in Zusammenhang mit dem starken Rückgang der Reallöhne und auch der realen Einkommen der Selbstständigen, ebenso mit der Zunahme der Langzeitarbeitslosigkeit, was eben dazu führt, dass sich mehr Frauen um eine Beschäftigung bemühen und die Jugendlichen sich früher bemühen, ein eigenes Einkommen zu erhalten. Bezogen auf die Gesamtbevölkerung lag der Anteil der aktiven Bevölkerung im Mai 2002 bei 41,8%, sprang dann im Oktober 2002 auf 42,9% und im Mai 2003 auf 42,8%.

Die Zahl der Unterbeschäftigen (die weniger als 35 Wochenstunden arbeiten, jedoch mehr arbeiten wollen) nahm von 19,9% im Oktober auf 18,8% ab. Wenn man die 2,65 Mio. Unterbeschäftigen den 2,2 Mio. Vollarbeitslosen addiert, gelangt man auf 4,88 Mio. Menschen, also fast 35% der Erwerbs-Bevölkerung von 14 Mio. Menschen. Zieht man jedoch die Bezieher der Subvention von $ 150 ab, so sind es 5,71 Mio., was leicht über 40% ausmacht.

Die höchsten Arbeitlosenquoten (mit dem Sozialplan) wurden in Mar del Plata mit 21,9% verzeichnet, gefolgt von Jujuy mit 20,5%, und die niedrigste in Rio Gallegos (Provinz Santa Cruz) mit nur 2,7%. Dies ist darauf zurückzuführen, dass Kircher als Gouverneur viele Arbeitslose in die Provinzverwaltung aufgenommen hat, so dass diese Provinz im Verhältnis zur Bevölkerung den höchsten Beamtenstab hat. In der Stadt Buenos Aires nahm die Arbeitslosigkeit von 13,5% auf 11,4% ab, in der Umgebung von 21% auf 18,4%. In der Bundeshaupstadt nahm die Erwerbs-Bevölkerung um 15.000 Menschen ab. Die niedrigste Arbeitslosenquote wird in Patagonien, mit 9,5%, verzeichnet.

Lavagna wies darauf hin, dass die Beschäftigung, ohne Sozialpläne, von Mai 2002 bis Mai 2003 um 6% zugenommen hat, fast so viel wie das Wachstum des BIP. Mit Sozialplänen beträgt die Zunahme 11,2%. Das zeigt, dass die Steigerung der Beschäftigung im Wesen auf eine bessere Ausnutzung bestehender Kapazitäten zurückzuführen ist, wozu mehr Arbeitskräfte benötigt werden. Dennoch lösten viele Unternehmen den Fall zunächst mit Überstunden, weil die Entlassungsentschädigung bei eventuellem Produktionsrückgang ein Risiko darstellt. In den 90er Jahren nahm die Beschäftigung zeitweise um 40% der BIP-Zunahme zu, und 1997/98 um 70%. Damals stützte sich das Wachstum auf hohe Investitionen, die zum Teil in Maschinen und Apparaten bestanden, die menschliche Arbeit ersetzen, und auf die Rationalisierung beim Staat und der Privatwirtschaft.

Laut INDEC ist die als arm eingestufte Bevölkerung von 57,5% auf 54,7% gefallen, und die als extrem arm („indigente“) von 27,5% auf 26,3% der Gesamtbevölkerung. Das bedeutet, dass es 18,8 Mio. Arme gibt, von denen 9 Mio, extrem arm sind. Doch knapp anderthalb Stunden nach der Pressekonferenz, in der die INDEC-Zahlen bekanntgegeben wurden, gab Lavagna eine andere Armutsstatistik bekannt, nach der die Zahl der Armen ab Oktober 2002 nicht um 800.000, sondern um 1,5 Mio. abgenommen hat, wobei die Abnahme einschliesslich Juni 2003 auf 1,7 Mio. zunimmt. Was die extrem Armen betrifft, so soll die Abnahme seit Oktober 2002 nicht 366.000 ausmachen, wie es das INDEC berechnet hat, sondern ganze 800.000 Menschen.

Die Armut und extreme Armut sind im Land sehr ungleich. In Formosa steigt der Armutskoeffizient auf 70,2%, im Nordwesten auf 66,9% in Cuyo (Mendoza und San Juan) auf 58,4%. In Gross Buenos Aires beträgt der Prozentsatz 51,7%, in der Pampa-Gegend 52.8% und in Patagonien 40,7%

Für das statistische Amt werden diejenigen als arm bezeichnet, die einen Konsumkorb von Waren und Dienstleistungen, von $ 780,46 monatlich für eine Familie mit drei Kindern nicht dekken können. Extrem arm sind die Familien dieser Art, die nicht über $ 358 monatlich verfügen. Bei dieser Berechnung wird das Naturaleinkommen nicht berücksichtigt, das in der Eigenproduktion vom Gemüse und Obst, sowie in Hühnerzucht u.dgl. besteht. In den 90er Jahren wurde das Sozialprogramm „Pro Huerta“ geschaffen und konsequent durchgeführt, durch das über 450.000 Inhabern von kleinen Grundstücken zur Errichtung eines Gemüsengartens u.a. Tätigkeiten geholfen wurde (das Programm schliesst auch Gemeinschaftsgärten und Schulen ein), wobei geschätzt wird, dass etwa 2 Mio. Menschen aus dieser Quelle einen Teil ihrer Nahrung beziehen. Das erklärt, dass viele Arme und extrem Arme trotz ihres niedrigen monetären Einkommens sich dennoch ernähren können.

---

mit Mitwirkung der Mutterhäuser.

***

Durch Dekret 425/03 (Amtsblatt von 30.7.03) wurde die Ausschreibung für die Überlandstrassen eingeleitet, die im Anhang zum Dekret 2039/03 angeführt wurden, wobei diese Strassen sich auf Konzessionen beziehen, die am 26.9.90 gewährt wurden und am 31.10.03 ablaufen. Es handelt sich um 7.500 km. Die Ausschreibungen beziehen sich auf Konzessionen für den Bau, Instandhaltung, Reparatur, Erweiterung und Verwaltung dieser Strassen, im Rahmen der Gesetze 17.520 und 23.698, wobei die Modalität gewählt wird, die die Regierung als die zweckmässigste betrachtet.

***

Der Tiergesundheitsdienst Senasa will die Bewilligungen der Schlachthöfe, die Hiltonschnitte für U$S 200 Mio. im Jahr in die EU ausführen dürfen, in den nächsten Wochen erneut überprüfen. Bei den letzten Kontrollen wurden die Bewilligungen von rd. 15 Schlachthöfen zurückgezogen, was Interessenkämpfe in der Branche auslöste. Nun soll auf Anordnung des Landwirtschaftssekretariates erneut ermittelt werden, da mehrere Unternehmen erklärt haben, sie hätten die beanstandeten Probleme gelöst. Argentinien konnte Rindfleisch für U$S 450 Mio. ausführen. 40% davon waren Hiltonschnitte, die in Europa mit geringen Zollsätzen belastet werden und dadurch um U$S 8.000 pro t verkauft werden können, gegen etwa U$S 1.500 für laufende Fleischliefe-rungen.

***

Das argentinische Pharmalabor Labinca heisst seit dem 11.7.03 Sandoz. Es ist der 117 Jahre alte schweizer Markennamen den seine Inhaberin, die 1996 aus der Fusion von Ciba, Geigy und Sandoz entstandene Novartisgruppe, einsetzt, um die von ihr erzeugten Generika exportfähiger zu machen. Die Ausfuhren sollen von 5% der Produktion auf 25% erhöht werden. In die nun Sandoz-Fabrik im Stadtbezirk Saavedra, die einzige Generikafabrik die die Gruppe in Lateinamerika betreibt, wurden 02 U$S 5 Mio. investiert, um sie internationalen Standards anzupassen. 03 wird bereits nach Brasilien, Kolumbien und Europa exportiert, Mexiko und Peru sollen in den nächsten Monaten Kunden werden. 03 sollen $ 78 Mio. umgesetzt werden, um 34% mehr als 02.

***

Brasiliens Aussenhandelssekretariat belegt in Veröffentlichungen, dass die Lieferungen nach Argentinien im Vergleich zu den 90er Jahren an Bedeutung verloren haben. Die Zahlen wurden beinahe gleichzeitig mit jenen des CEB (Centro de Estudios Bonaerenses) bekannt gegeben, die ebenfalls ergaben, dass von einer Invasion brasilianischer Erzeugnisse in Argentinien keine Rede sein könnte. Der brasilianische Bericht weist darauf hin, dass, obwohl die Ausfuhren Brasiliens nach Argentinien im 1. Halbjahr 03 um 90,2% zugenommen haben, sie knapp 5,6% der Gesamtausfuhren erreichten. 02 betrugen sie 3,9%, im Zeitraum 1992/98 8-13%. Es sei ein Fehler, heutige Aussenhandelszahlen mit denen des Vorjahres, dem Höhepunkt der schwersten Wirtschaftskrise Argentiniens, zu vergleichen. Nach Ausklammerung desselben seien die brasilianischen Lieferungen für U$S 1,84 Mrd. im 1. Halbjahr 03 die niedrigsten der letzten 10 Jahre.

***

Das Finanzsekretariat und das

Unterstaatssekretariat für Beziehungen mit den Provinzen verfügen bereits über die Bonds für $ 27 Mrd., um den seit Jahresbeginn verzögerten Eintausch der Provinzschulden zu beginnen. Es sind die über U$S 19 Mrd. Provinzschulden, die zu $ 1,40 pro Dollar pesifiziert und vom Staat für ihre Umschuldung übernommen wurden. Der Eintausch soll bis zum 15.9.03 abgeschlossen sein. Die 10 überfälligen Kupons würden auf ein Mal, durch einen Abzug bei den Beteiligungen der Provinzen an Nationalsteuern, bezahlt werden. Die monatlichen Zahlungen für die Bonds, die bis 2005 2% im Jahr mit CER-Indexierung zahlen, hätte im September 02 beginnen sollen. Die Bonds sollen auch den Markt für Staatspapiere beleben, da Bonds für $ 13 Mrd. mit Garantie und Laufzeit bis 2016 an der Börse notieren werden. Der Rest sind Wechselbonds, die die Banken für ihre Kredite an die Provinzen erhalten. Da sie diese Bonds zum Nennwert buchen können, werden die Ergebnisse ihrer Bilanzen positiv.

***

Mittels Beschluss Nr. 150 hat das Wirtschaftsministerium den Beistand an die Provinzen und Gemeinden erhöht. Die Passiven derselben werden damit um weitere knapp $ 500 Mio. finanziert.

***

San Antonio Pride hat ihre Fabrik für Polymere und andere Produkte für die Erdölindustrie in Neuquén, eine Investition von U$S 3 Mio., in Betrieb genommen. Sie wird Firmen wie Chevron, Repsol-YPF, Petrobrás und Total in Argentinien, Venezuela, Brasilien und Ekuador beliefern. San Antonio ist ein argentinisches Unternehmen, das in den 70er Jahren begann und jetzt die wichtigsten Regionalmärkte beliefert.

***

Der CVS-Index (Coeficiente de variación salarial) füt Mieten, kleinere Hypothekenschulden u.a., nahm im Juni um 0,48% und seit Oktober 02 um 2,23% zu. Die $ 28 im Monat, die in den nächsten 6 Monaten durch die Eingliederung der $ 200 im Monat dazukommen, sind dabei noch nicht berücksichtigt. Der CVS-Index wird vom Statistikamt aus 3 Gehaltsänderungen errechnet. Die der Privatwirtschaft, die im Juni 0,98% zugenommen haben, die der Schwarzarbeiter, die um 0,07% zurückgegangen sind und die der Staatsbeamten, die unverändet blieben.

***

Ein Drittel der Provinzen haben ihre Beamtengehälter in diesem Jahr um $ 50-150 im Monat erhöht. Hauptgrund sollen die kommenden Wahlen, der Gewerkschaftsdruck und erhöhte Steuer-einnamen gewesen sein. In 5 Provinzen wurden die Erhöhungen nicht in die Tariflöhne eingegliedert. Nur in Buenos Aires für Löhne bis $ 380, in Tierra del Fuego und Misiones waren es echte Gehaltserhöhungen. In anderen Provinzen wurden gestrichene Verbesserungen wieder eingeführt, wie in Jujuy der Zusatz von 20% mit Esskartenbonds.

***

Die 3. Ausschreibung von CCF-Fiskalbonds für Steuerzahlungen, diesmal mit Fälligkeit im August ergab für kleine Steuerzahler einen Rabatt von 6,51% und für grosse von 2,14%. Er ergibt sich aus den Schnittsätzen von 21% bzw. 9%. Kleine Steuerzahler machten 2.826 Angebote, von denen 2.712 für insgesamt $ 73,2 Mio. angenommen wurden. Von den 335 Angeboten grosser Steuerzahler wurden 311 für $ 6,7 Mio. angenommen.

***

Die deutsche Class beginnt die Fertigung ihrer bewährten Ernte- und Viehfutterzubereitungsmaschinen in Argentinien. Sie soll 05 in Oncativo, Provinz Córdoba, voll anlaufen. Die ersten Maschinen werden jedoch bereits gebaut. Noch steht nicht fest, ob 100% des Materials hier hergestellt werden soll. Bisher ist Class hier mit einer Verwaltung in Sunchales, Provinz Santa Fe, und 6 Montage- und Kundendienstbetrieben in Córdoba, Santa Fe, Entre Rios, Tucuman und der Provinz Benos Aires vertreten. Bei Erntemaschinen hat Class bisher 2% Marktanteil, bei den Futterzubereitungsmaschinen 80%. Die 40 hier im Jahr 02 abgesetzten Maschinen seien eine unbefriedigende Menge. Das Stammhaus in Deutschland erzeugt 55 pro Tag.

***

Die Regierung zahlt ab Montag die Zinsen und die 1. Amortisationsrate der Boden 2007 Bonds in Pesos und die Zinsen der in Dollar ausgegebenen Boden 2012 Bonds. Diese Bonds erhielten jene Anleger, die sie für eingefrorene Depositen angenommen hatten. Sie notieren an der Börse. Die Kapitalamortisation der Boden 2007 erfolgt in 8 Tranchen zu 12,5% des Gesamtwertes. Für je $ 100 in Boden 2007 werden Montag $ 17,98 plus Zinsen von $ 1,44 fällig. Die Zinsen der Boden 2012 werden seit August 02 nach dem Liborsatz berechnet. Pro U$S 100 werden Montag U$S 0,68 fällig. Die Regierung äussert sich jedoch nicht zu den Boden 2013 Bonds für den soganannten Eintauschplan II. Sie ist gegenüber den ursprünglichen Verpflichtungen ohne jede Erklärung bereits 3 Monate in Verzug.

***

Etwa 20 Schiffe aus Argentinien und Brasilien liegen vor chinesischen Häfen und warten auf die Anlegeerlaubnisse, um ihre Sojaladungen löschen zu können. China hat beschlossen, seine Einfuhrbewilligungen für Sojabohnen aufzuheben und etwa 1 Mio. t nicht abladen zu lassen. Die Sojaausfuhren nach China machen 77% der gesamten Sojaausfuhren Argentiniens und 12% seiner Gesamtausfuhrten aus. Im 1. Halbjahr 03 wurden von China bereits 10,2 Mio. t Sojabohnen eingeführt, gegen 11,3 Mio. im ganzen Vorjahr.

***

Die Citigroup Inc., der grösste Finanzdienstleister der Welt, wird die Provinz Buenos Aires bei der Umstrukturierung ihrer Bonds für $ 2,5 Mrd. beraten. Die Citigroup hatte das zweitniedrigste Angebot gemacht, wie die Provinzregierung bekannt gab. Konkurrenten waren u.a. ABN Amro Holding NV, JP Morgan Chase & Co., ING Groep NV und UBS AG.

***

Die argentinische Regierung, das italienische Aussenhandelsinstitut und die argentinische Kammer für Marmor, Gestein und Granit haben ein Arbeitsabkommen für die Entwicklung des Ziergestein-Geschäftes unterzeichnet. Gemeinsam sollen in dem bereich exportfäige Produkte gesucht werden.

***

Die EU hat die Wiederannahme der Estancias del Sur und Fricop Schlachthöfe als exportfähige Hilton-Lieferanten zurückgewiesen, die ein argentinischen Gericht angeordnet hat. Die EU-Behörden anerkennen als argentinische Autorität für die Ausstellung der erforderlichen Qualitätszertifikate ausschliesslich den Senasa (Servicio Nacional de Sanidad y Calidad Agroalimentaria) an.

***

Die BICE Bank (Banco de Inversión y Comercio Exterior) hat mit der Firma Tecnicagua ein Abkommen für die Finanzierung der Wiederaufnahme des Baues der Transandino Eisenbahn zwischen Argentinien und Chile durch eine Bondsauflage von U$S 130 Mio. unterzeichnet. Bau, Instandsetzung und neue Trassenlegung der auf der argentinischen Seite 150 km langen Strecke ist Teil des Eco Cargas Planes von Tecnicagua, Mendoza. Die Gesamtinvestition soll U$S 232 Mio. betragen.

***

Nach 16 Jahren hat der Umlauf der Bocade-Schuldzahlungsbonds in der Provinz Tucumán endgültig aufgehört. Durch den Plan für Provinzbonds konnten diese Bonds für $ 169 Mio. mit einem Abschlag von 9% für kleine und von 13,5% für grosse Bondsinhaber aus dem Verkehr gezogen werden.

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

Auftakt zur Verhandlung mit dem Fonds

Am vergangenen Montag billigte das Direktorium des Internationalen Währungsfonds die dritte Revision des derzeitigen Standby-Abkommens mit Argentinien, das bekanntlich von Februar bis August 2003 läuft. In einem Kommuniqué erläuterte Fondsdirektor Horst Köhler, dass Argentinien die Fiskalauflagen bequem eingehalten habe und dass die monetäre Politik sich im Rahmen halte.

Die positive Einschätzung des Fonds zur jüngsten Wirtschaftsentwicklung Argentiniens beruht hauptsächlich auf dem Primärüberschuss im nationalen Schatzamt von $ 4,9 Mrd. im ersten Halbjahr. Für ganz 2003 rechnet Schatzsekretär Mosse mit $ 8,0 Mrd. Hiermit hat Argentinien zwölf Monate lang einen Primärüberschuss ausgewiesen, mit dem Zinsen der Staatsschulden, die nicht in Default erklärt worden sind, und allerlei andere Zahlungen geleistet werden. Das Schatzamt verwaltet nicht nur die Einnahmen und Ausgaben der Nationalregierung, sondern tritt gelegentlich auch als Bankier auf, der Vorschüsse an Gliedstaaten und andere leistet und kassiert. Ausserdem werden Sonderausgaben mit dem Primärüberschuss finanziert. Trotzdem muss festgehalten werden, dass der jetzt zwölfmonatige Primärüberschuss in zwanzig Jahren Demokratie nur 1993 verzeichnet wurde, allerdings bezogen auf das nationale Schatzamt, anders als mehrere Gliedstaaten in permanentem Defizit.

Zur monetären Politik gestand der Fonds, dass die Geldschöpfung der Zentralbank im Umfeld niedriger Inflation keine Sorgen verursacht. Die Notenbank hat der Zentralregierung Geld vorgeschossen, um die Schulden an die internationalen Finanzanstalten (Fonds, Weltbank und BID) zu begleichen. Ausserdem geniessen die Banken die vorjährigen Rediskonte, um den Depositenschwund zu finanzieren, ohne dass beim jetzigen Zuwachs der Bankeinlagen die Vorschüsse und Rediskonte getilgt werden würden. Zudem drückt der Fonds über die jetzige Geldschöpfung von angenommenen $ 7 Mrd. zugunsten der 15 defizitären Provinzen beide Augen zu, mit der die Provinzbonds und die nationalen Lecop-Bonds abgelöst werden, die die Regierung fälschlicherweise als Geldsurrogat einstuft und der monetären Basis einverleibt, als ob sie Geld wären wie Banknoten im Umlauf und Girodepositen in den Banken. Die Geldschöpfung als Folge der Reservenaufstockung regt den Fonds offenbar nicht mehr auf, wie noch vor wenigen Monaten.

Im Kommuniqué wurde Argentinien indessen gleich wie anlässlich der beiden vorherigen Revisionen moniert, weil keine soge-

nannten strukturellen Reformen durchgeführt werden. Der Fonds erwartet offenbar, dass die Beteiligungssteuern („impuestos coparticipados“) zu reformieren sind, was denkbar riskant ist, weil dann das Schatzamt weniger Steuern als die Gliedstaaten beziehen und der Primärüberschuss abnehmen würde. Die Diskussion um dieses Steuersystem dreht sich um die Beteiligung der 24 Gliedstaaten und des nationalen Schatzamtes an den Beteiligungssteuern, die nach vereinbarten Anteilen an die 25 Parteien gutgeschrieben werden. Andere Steuerreformen mögen die Senkungen der Exportzölle und der Girokontensteuer betreffen, die über kurz oder lang nicht zu vermeiden sein werden. Das Wirtschaftsministerium setzt allerdings voraus, dass vorher die Steuerhinterziehung wirksam bekämpft wird, damit der Ausfall an Einnahmen hierdurch wettgemacht werden kann.

Der Fonds erwartet ebenfalls Reformen des Finanzsystems, damit die Banken wieder normal als Mittler zwischen Sparern und Schuldnern wirken können. Gemeint ist damit zunächst die Ausgabe von Boden-Titeln für die Banken als Entschädigung für ihren Vermögensverlust als Folge der asymmetrischen Pesifizierung der Darlehen und Depositen sowie der einstweiligen Verfügungen der Richter zugunsten der Inhaber von Dollardepositen, solange der Oberste Gerichtshof hierüber kein endgültiges Urteil fällt. Letzteres wurde vom Gericht vorerst aufgeschoben.

Ebenso insistiert der Fonds mit der unumgänglichen Anhebung der Tarife öffentlicher Dienste. Infrastrukturminister De Vido hatte hierüber den französischen Finanzminister Francis Mer brüskiert, als er ihm in der Vorwoche mitteilte, er würde ihn nicht empfangen, sollte der Besucher die Frage der Tarifanhebung vortragen. Präsident Kirchner monierte die Haltung des Ministers, der Mer daraufhin empfing und dessen Vorstoss zugunsten höherer Tarife anhören musste. Der Kongress tut sich inzwischen schwer mit der Behandlung des Gesetzesentwurfs der Exekutive, das dieser erlauben soll, die Tarife anzuheben. Der Kongress soll nachher ein Einspruchsrecht während zwei Monaten haben, ohne das die Tarife in Kraft bleiben. Es geht vorerst um Strom, Gas und einige Mautstrassen. Die Regierung will eine Schonfrist von nochmals anderthalb Jahren ausnützen, um die 61 Tarifverträge neu auszuhandeln. Der Fonds ist bereit, billigere Sozialtarife anzuerkennen. Das gehört in das Kapital Armut, das dem Fonds seit dem jüngsten Besuch Horst Köhlers in Buenos Aires neuerdings auch am Herzen liegt.

Welche Vorstellungen der Fonds über den Primärüberschuss für 2004 und nachfolgende Jahre zwecks Zinszahlungen der Umschuldung hegt, wurde im Kommuniqué nicht mitgeteilt. In der Presse wird dem Fonds unterstellt, dass er sich für höhere Primärüberschüsse einsetzt, als sie der Regierung mit 2,5% des BIP im nationalen Schatzamt ($ 10,6 Mrd.) und 0,5% des BIP für die Gliedstaaten, zusammen 3,0% des BIP für 2004 vorschweben. Genannt werden zuhanden des Fonds mindestens 3,5% des BIP bis 4% für 2004 und bis 5% in nachfolgenden Jahren.

Die Verhandlungen werden in der Praxis nächste Woche beginnen. Der Fondsvertreter John Dodsworth liess sich dieser Tage in Buenos Aires nieder. Wirtschaftsminister Lavagna und sein Finanzsekretär Nielsen sind ebenfalls aus dem Ausland heimgekehrt. Die Verhandlungen sollten Ende August abgeschlossen werden.

Das neue Abkommen soll angeblich für drei Jahre ab September 2003 laufen, wobei nicht ausgeschlossen werden sollte, dass man sich schliess-lich mit einem einjährigen Abkommen begnügt, damit die Regierung Zeit gewinnt, um die fälligen Strukturreformen und die Umschuldung zu vollenden. Der Fonds würde insgesamt U$S 15,4 Mrd. an Fälligkeiten und Zinsen strecken bzw. mit neuen Ziehungen umschulden.

Hinsichtlich der Umschuldung gestand Nielsen dieser Tage im Gespräch mit dem US-Fernsehen CNN, dass die Vertreter der Bondsinhaber ihm in New York empfohlen hätten, den für den 23. September in Dubai, Katar, auf der Gouverneurstagung des Fonds und der Weltbank vorgesehenen Vorschlag mit einem sogenannten Menü für die Umschuldung aufzuschieben. Eine massive Ablehnung des Vorschlags sei zu vermeiden. Eine Entscheidung über den Aufschub ist noch nicht gefallen.

Der Betrag der Umschuldung, dessen letzte genaue Zahlen noch nicht bekannt gegeben worden sind, ist sicherlich der grösste in der Umschuldungsgeschichte der Menschheit, laut Nielsen drei Mal grösser als der jüngste von Russland, der bisher den Weltrekord hielt. 52 verschiedene Bonds mit 8 verschiedenen Gerichtsständen und 14 Währungen sind umzuschulden, damit Argentinien als Staatsschuldner künftig, wie Nielsen gestand, maximal 12 bis 18 neue Bonds ausgibt, deren Karenzjahre, Laufzeit und Zinssätze der Gegenstand der Umschuldung sind, wobei ein Kapitalschnitt und niedrigere Zinsen anfallen dürften.

Die Kreditproblematik der Banken

Die lokalen Banken weisen gegenwärtig einen Liquiditätsüberschuss von $ 15 bis $ 18 Mrd. aus, zu dem noch die Lebac-Wechsel addiert werden müssen, die kurzfristige Anlagen zu sehr niedrigen Zinsen darstellen, was sich für die Banken nur lohnt, wenn sie das Geld sonst nicht unterbringen können. Für die Banken stellt diese hohe Liquidität ein Problem dar, da sie für ihre Depositen Zinsen zahlen, aber auf der anderen Seite keine Aktivzinsen verdienen. Auf die Dauer ist dieser Zustand unhaltbar.

Zum Teil ist diese hohe Liquidität eine Folge der Tatsache, dass der weitaus grösste Teil der Depositen kurzfristig ist, so dass die Gefahr eines massiven Abzugs stets präsent ist. Die argentinischen Sparer reagieren mit besonderer Sensibilität auf Signale über Abwertung und Inflation, die auch von der Politik ausgehen können und gelegentlich auf rein subjektiven Interpretationen beruhen. Die Flucht in den Dollar ist eine permanente Alternative. Somit müssen die Banken eine höhere Liquidität haben, umso mehr als die ZB kaum bereit sein dürfte, hohe Rettungskredite zu vergeben, wie sie es Anfang 2002 getan hat. Die ZB ist in dieser Beziehung an Auflagen des IWF über monetäre Expansion gebunden.

Die Banken weisen auf eine geringe Kreditnachfrage hin. Bestimmt haben die Unternehmen aus der Krise gelernt und nehmen jetzt Kredite nicht mehr so leichtfertig auf, wie zur Zeit der Konvertibilität. Auch gibt es bei der immer noch gedrückten Wirtschaftstätigkeit weniger Geschäfte, die eine Finanzierung benötigen. Aber auf der anderen Seite wird auf die hohen Zinsen hingewiesen, bei denen es sich für Unternehmen oft nicht lohnt, einen Kredit aufzunehmen. Es konveniert dann mehr, einfach von einem Geschäft Abstand zu nehmen. In der Tat sind die Aktivzinsen sehr hoch, bis über 60% jährlich bei Konsumkrediten über Kreditkarten. Aber auch sonst sind Raten von über 20% üblich, wobei die Marge zwischen Aktiv- und Passivzinsen anormal hoch ist. Das ist u.a. der Grund, weshalb vom Börsenhandel mit vordatierten Schecks eine grosser Erfolg erwartet wird, da dann eine Provision von höchstens 2 Punkten erhoben wird, gegen über 10 bei den Banken, so dass der Sparer mehr erhält und der Kreditnehmer niedrigere Zinsen zahlt. Die Banken verlieren dabei ein Geschäft, das wegen der Einfachheit und Sicherheit besonders interessant ist.

Im allgemeinen besteht jedoch bei den Banken ein anderes Problem, nämlich, dass sie Kleinunternehmen und oft auch mittlere faktisch ausschliessen, wobei gerade hier eine grosse potentielle Kreditnachfrage besteht. Die Verwaltungskosten sind bei kleinen Krediten zu hoch, und auch wissen die Banken nicht, mit diesen Unternehmen umzugehen. In diesen Fällen muss die Kreditfähigkeit mehr gemäss der Person des Unternehmers als der Zahlen über das Unternehmen geprüft werden. Die Bänker mussen die Unternehmen besuchen, ihre Realität erkennen, und auch die Fähigkeit und Anständigkeit der Inhaber erwägen. Eine Genossenschaftsbank verfügt in Orten des Landesinneren über einen Beirat, der aus prominenten Bürgern besteht und nur die Aufgabe hat, sich über das Verhalten und die Ethik der möglichen Kunden auszusprechen. Angeblich hat dieses System gut funktioniert. Allerdings erfordert das Kreditgeschäft mit kleinen Unternehmen auch Änderungen bei den ZB-Bestimmungen, die für diese Fälle viel zu bürokratisch sind. Beiläufig hat die ZB durch die zahlreichen Bestimmungen, die genau vorschreiben, was jeweils zu tun ist, die Bänker zu Bankbeamten degradiert.

Bei kleinen und mittleren Unternehmen ist Säumigkeit häufig,

KAUFEN VERSCH.
COMPRAS VARIAS

IVES Compra adornos, cristalería, porcelanas, antigüedades, muebles, objetos varios, 4791-4287.

ZU VERMIETEN
ALQUILERES OFRECIDOS

PSICOLOGOS/Psicólogas alquilo consultorio Belgrano“R“ 4782-4178.

aber Zahlungsunfähigkeit weniger. Diese Unternehmen haben eben keine gute Finanzplanung, so dass sie sich nicht rechtzeitig um die Erneuerung eines Kredites oder um einen neuen kümmern, um einen alten zu zahlen. Die Banken müssen somit hier auch als Finanzberater tätig sein. Aber schliesslich zahlen diese Firmen dann meistens doch, da die Kredite eine „menschliche“ Grösse haben, so dass es oft genügt, wenn der Inhaber sein persönliches Automobil oder sonst etwas verkauft. Bei Grossunternehmen ist die Zahlungsunfähigkeit meistens viel problematischer. Seit der Abwertung vom Januar 2002, und trotz Pesifizierung eins zu eins der Bankschulden, häufen sich die Fälle, in denen diese Unternehmen ihre Schulden mit grossen Abschlägen und längeren Fristen zahlen, was für die Banken hohe Verluste bedeutet. Die argentinische Erfahrung zeigt, dass die Konzentration der Kredite eine falsche Strategie ist. Viele Banken, mit stark diversifizierten Portefeuilles, sind vor Jahren auf ein stärkere Konzentration der Kredite übergegangen, mit viel höheren Einzelbeträgen, was schliesslich schlecht ausging und zu ihrer Liquidierung führte. Das war bei den Banken Italia, Español, Patricios, Mayo u.a. der Fall.

Die Banken erhalten auch Dollardepositen, bei denen sie keine ausreichenden Unterbringungsmöglichkeiten haben, da diese Mittel nur für Exportfinanzierungen verwendet werden dürfen. Die ZB vertritt das Prinzip, dass die Depositen in Devisen mit Krediten verbunden werden müssen, die sich auf Geschäfte beziehen, bei denen der Erlös auch in Devisen besteht. Die Banken haben vor einiger Zeit von Wirtschaftsminister Lavagna gefordert, dass ihnen auch gestattet werde, die Produktionsetappen zu finanzieren, die vor dem Export liegen, die indirekt auch Geschäfte in Dollar oder anderen Währung sind. Der Minister versprach, den Fall zu studieren, hat jedoch bisher nichts beschlossen. Bei einer Ausweitung der Möglichkeiten für Dollarkredite könnten die Banken hoffen, einen Teil der Barbestände an Dollar, die bei den Banken (in „Safes“) deponiert sind, oder einfach zu Hause aufbewahrt werden, als Depositen anzuziehen, da sie dann einen interessanten Zinssatz anbieten können.

In der Vorwoche hat die ZB durch Rundschreiben A 3987 verfügt, dass Kredite mit CER-Indexierung zugelassen werden. Der CER-Index wird auf der Basis des Indices der Konsumentenpreise des statistischen Amtes (INDEC) berechnet, aber in einer Art und Weise, bei der die Zunahmen eine verspätete Wirkung haben. Einmal sollen Kredite gewährt werden können, bei denen das Kapital mit diesem Index periodisch aufgewertet wird, und dann soll auch ein System zugelassen werden, das sich besonders für Konsumkredite mit Ratenzahlungen eignet, bei dem eine Quote nur bis zu 1% höher als die vorangehende liegen darf, wobei eine höhere Berichtigung dem Kapital addiert und in Form zusätzlicher Raten gezahlt wird. Die Zahl der Raten kann um 25% erhöht werden, wenn es sich um Kredite bis zu 5 Jahren handelt, und um 50% bei längeren Fristen. Dabei wurde nicht geklärt, was geschieht, wenn der CER einen höheren Betrag ergibt, der nach diesem System mehr Raten notwendig macht.

Dies erlaubt den Banken, Depositen mit CER-Indexierung aufzunehmen, die auf längere Fristen vereinbart werden, so dass die Gefahr einer massiven Depositenabhebung verringert wird. Nachdem die Zinsen, die die Banken bei kurzfristigen Fristdepositen zahlen, sehr gering sind, kann das neue System für viele Sparer interessanter sein.

Allein, Indexierungen sind stets problematisch, wie es der jüngste Fall mit dem CVS-Index gezeigt hat, den Lavagna letztes Jahr an Stelle des CER eingeführt hatte, um kleinere Hypothekarkredite für Eigenwohnung zu indexieren. Dieser Index, der auf der Grundlage der Lohnentwicklung berechnet wird, wies bisher nur minimale Veränderungen auf; aber nachdem die Lohnzulage von $ 200 jetzt dem effektiven Lohn addiert wird, auf dessen Grundlage der Index berechnet wird, wird ein Sprung von etwa 15% beim Index erwartet, der sich auf diese Kredite und auch auf Mieten auswirkt. Kabinettschef Alberto Fernández erklärte daraufhin sofort, dass der Index revidiert werden würde, worauf Wirtschaftminister Lavagna konterte, dass der Index nicht geändert wird, wobei er meinte, das Problem sei hochgespielt worden. In der Tat haben diese Schuldner, die ursprünglich Dollar schuldeten, schon ein erhebliches Geschenk durch die Umwandlung in Pesos eins zu eins und dann durch die Nichtanwendung des CER-Indices erhalten. Präsident Kircher äusserte sich zunächst im gleichen Sinn wie Fernández, schwieg jedoch danach über dieses Thema, womit er stillschweigend Lavagna recht gab. Es wäre verheerend gewesen, wenn auch diese wirklich milde Regel nachträglich geändert werden würde. Lavagna bemüht sich, wieder Regeln zu schaffen, die eingehalten werden, um die für das Bankwesen unerlässlich Rechtssicherheit so weit wie möglich wieder herzustellen. Wozu gewiss bestimmt noch sehr viel fehlt.

Argentinischer Aussenhandel

	Ausfuhren		Einfuhren		Saldo	
2002						
Juli	2.211	(2.355)	813	(1.769)	1.398	(586)
August	2.151	(2.510)	764	(1.818)	1.386	(692)
September	2.307	(2.199)	719	(1.432)	1.588	(767)
Oktober	2.274	(2.098)	876	(1.511)	1.398	(587)
November	2.180	(2.103)	809	(1.333)	1.371	(770)
Dezember	1.992	(2.279)	785	(2.058)	1.207	(221)
Total	25.709	(26.655)	8.990	(20.312)	16.720	(6.343)
2003						
Januar	2.126	(1.818)	798	(851)	1.328	(967)
Februar	2.072	(1.782)	777	(628)	1.295	(1.154)
März	2.222	(2.111)	924	(593)	1.298	(1.518)
April	2.469	(2.180)	1.108	(612)	1.361	(1.568)
Mai	2.756	(2.375)	1.082	(862)	1.674	(1.513)
Juni	2.868	(2.238)	1.137	(683)	1.731	(1.555)
6 Mon.03	**14.513**	**(12.504)**	**5.825**	**(4.228)**	**8.688**	**(8.276)**

Quelle: Indec, vorläufige Angaben in Mio. U$S. (...)= Vorjahr